NACHRICHTEN AG
Deutschland

Bundespräsident löst Parlament für Neuwahlen am 23. Februar auf

Deutscher Präsident Steinmeier löst das Parlament auf, um Neuwahlen am 23. Februar einzuleiten. Nach dem Koalitionsbruch fordert er stabile und handlungsfähige Regierung in schwierigen Zeiten.

Berlin, Reuters – Der deutsche Präsident Frank-Walter

Steinmeier hat am Freitag das Unterhaus des Parlaments aufgelöst, um Neuwahlen am 23. Februar einzuleiten. Dieser Schritt folgt dem Zusammenbruch der Ampelkoalition unter Kanzler Olaf Scholz.

Notwendigkeit stabiler Regierungsführung

„Gerade in schwierigen Zeiten wie jetzt erfordert Stabilität eine handlungsfähige Regierung und verlässliche Mehrheiten im Parlament“, erklärte Steinmeier in Berlin. Aus diesem Grund seien vorzeitige Wahlen der richtige Weg für Deutschland.

Politik muss Lösungen finden

Nach den Wahlen müsse das Lösen von Problemen wieder in den Mittelpunkt der Politik rücken, fügte der Präsident in seiner Ansprache hinzu. Steinmeier, dessen Amt nach dem Zweiten Weltkrieg überwiegend zeremoniellen Charakter hatte, betonte auch, dass der Wahlkampf fair und transparent geführt werden müsse.

Gefahren für die Demokratie

„Äußere Einflüsse sind eine Gefahr für die Demokratie, egal ob sie verdeckt agieren, wie es offensichtlich kürzlich bei den Wahlen in Rumänien der Fall war, oder offen und unverblümt, wie es derzeit besonders intensiv auf der (Sozialen Medien) Plattform X praktiziert wird“, sagte er.

Politische Situation in Deutschland

Kanzler Scholz, ein Sozialdemokrat, wird bis zur Bildung einer neuen Regierung eine Übergangsregierung leiten. Zuvor hatte er eine Vertrauensabstimmung im Parlament **in diesem Monat verloren**, nachdem der Rückzug von Finanzminister Christian Lindners Freien Demokraten seine schwerfällige Regierungskoalition ohne parlamentarische Mehrheit

zurückgelassen hatte.

Wahlkampf nimmt Fahrt auf

Die Abstimmung hat zudem den Wahlkampf ernsthaft in Gang gesetzt. Der konservative Herausforderer Friedrich Merz, der laut Umfragen mit hoher Wahrscheinlichkeit Scholz ersetzen könnte, behauptete, die amtierende Regierung habe übermäßige Vorschriften eingeführt und das Wachstum gehemmt.

Umfrageergebnisse und politische Dynamik

Die Konservativen liegen in den meisten Umfragen komfortabel mit mehr als 10 Punkten vor der SPD. Die **rechtspopulistische Alternative für Deutschland** (AfD) hat leicht die SPD überholt, während die Grünen, ein Koalitionspartner, auf dem vierten Platz stehen.

Koalitionsmachtverhältnisse

Die etablierten Parteien haben sich geweigert, mit der AfD zu regieren, doch deren Präsenz erschwert die parlamentarische Mathematik und erhöht die Wahrscheinlichkeit schwerfälliger Koalitionen.

Details	
Quellen	• **edition.cnn.com**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at